

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Land)

20. Sitzung

04.11.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

20. Sitzung

am 4. November 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Wessels)
Herr Meyer)
Frau Bauer) von der Senatorin für Finanzen
Herr Fehren)
Frau Oberdörfer)

Frau Sokol		Präsidentin des Rechnungshofs
Herr Meyer-Stender)	
Herr Dr. Brockmüller)	vom Rechnungshof
Frau Otten)	
Herr Rauscher)	von der Senatorin für Soziales, Jugend,
Herr Kahn)	Frauen, Integration und Sport
Herr Zeyfang)	
Herr Lockfeldt		vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Riesenberg)	von der Senatorin für Wissenschaft,
Herr Garbade)	Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Schmid)	
Herr Runge		vom Senator für Umwelt, Bau und Ver- kehr
Herr Radtke		vom Gesamtpersonalrat Bremen
Herr Hünig		BSAG
Herr Flottan		Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.59 Uhr.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) übt Kritik am Umfang des Nachversandes und weist darauf hin, dass sämtliche Vorlagen grundsätzlich bereits am Tage des Postversandes vorliegen müssen. Nur ausnahmsweise - insbesondere in eilbedürftigen Fällen - kann von diesem Grundsatz abgewichen werden. Das Finanzressort wird gebeten, dies zukünftig zu beachten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzverwaltung den Tagesordnungspunkt III. 4.9 (Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget) zurückgezogen hat und dass er Tagesordnungspunkt III. 2.4 (Jahresbericht 2015 der Steuerverwaltung Landes Bremen) irrtümlicherweise auf die Tagesordnung gelangt ist.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 13. Sitzung vom 31. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. Protokoll der 14. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

3. Protokoll der 18. Sitzung vom 19. August 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 18. Sitzung vom 19. August 2016.

4. Protokoll der 19. Sitzung vom 16. September 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen Mitteilung des Senats vom 5. April 2016 - Vorlage Drs. 19/352 -

Abg. Herr Bücking erklärt, die umfangreiche Beratung des Gesetzentwurfs im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und der dadurch eingetretene Zeitablauf machten zur Vermeidung einer verfassungsrechtlich problematischen Rückwirkung eine Anpassung des Artikels 9 des Gesetzentwurfes erforderlich. Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen deshalb:

„Artikel 9 wird wie folgt geändert:

1. *Absatz 1 wird wie folgt geändert:*
 - a) *Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.*
 - b) *In Satz 1 werden die Wörter „vorbehaltlich des Absatzes 2“ gestrichen.*
2. *Absatz 2 wird aufgehoben.“*

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz führt aus, dass nach Auffassung der Fraktion der FDP der Gesetzentwurf insbesondere in den Bereichen des Sterbegeldes und der Professorenbesoldung unzureichend sei. Die FDP-Fraktion werde deshalb gegen diesen Gesetzentwurf stimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und der Gruppe ALFA den Gesetzentwurf in der Gestalt des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen in zweiter Lesung zu beschließen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet den Ausschussreferenten zur nächsten Sitzung um Vorlage eines Berichtsentwurfes an die Bürgerschaft (Landtag).

**1.2 Schmerzensgeldansprüche übernehmen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Antrag der Fraktion der CDU vom 21. Juli 2016
- Vorlage Drs. 19/666 -
dazu: Bericht der Senatorin für Finanzen**

Abg. Herr Liess erklärt, die Fraktion der SPD habe zu diesem Gesetzentwurf noch weiteren Klärungsbedarf. Er beabsichtige daher mit den Sprechern der Fraktionen am Rande der kommenden Bürgerschaftssitzungen ein Gespräch zu führen und bittet deshalb diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 21. Oktober 2016 zur Kenntnis und kommt darin überein, die weitere Beratung über diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

**2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse
(Stand: 16. September 2016)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Auftragsliste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten
- Vorlage 19/240 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

**3.1 Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zwischen dem 22. und 24. Februar 2017
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016
hier: Festlegung eines Termins für die Sondersitzung**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, am Freitag, dem 24. Februar 2017 um

14.30 Uhr eine Sondersitzung zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 durchzuführen.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

1.1 Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung - Vorlage 19/241 L -

Abg. Herr Eckhoff bittet das Gesundheitsressort darum, bei zukünftigen Änderungen der Gesundheits-Kostenversorgung auch das Kostenniveau im Land Niedersachsen zu berücksichtigen, um ein Ausweichen der Gebührenpflichtigen in das Nachbarland zu vermeiden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Siebzehnten Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung zu.

1.2 Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Kindertagesstätten bis zum 31.12.2019 - Vorlage 19/242 L -

Abg. Herr Liess bittet darum, die aus den Verfahrensvereinfachungen gemachten Erfahrungen auch bei der Überarbeitung der RL - Bau zu berücksichtigen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Kindertagesstätten bis zum 31. Dezember 2019 zu. Anstelle der in den genannten Punkten beschriebenen Verfahren werden folgende Ausnahmen eingeführt:

- Bei Neubau sowie Sanierungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Wert unter dem Schwellenwert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird auf die Vorlage einer EW-Bau verzichtet. In diesem Fall ist die erweiterte ES-Bau gem. Lph. (3) HOAI zu erstellen.
- Bei Neubaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Schwellenwert über dem Wert für Bauvergaben

gem. VGV liegt, wird zusätzlich zur ES-Bau die Erstellung einer EW-Bau gefordert. In diesem Fall ist die ES-Bau für Neubauten als Vorentwurf gem. Lph. (2) HOAI zu erstellen.

1.3 Steueraufsicht über die Spielbanken in Bremen und Bremerhaven - Vorlage 19/243 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2016 - Vorlage 19/238 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2016 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2016 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 5,2 Mio. € zur Deckung der Mehrausgaben durch den TVÖD Abschluss 2016/2017 zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

2.2 1. Bericht Sozialleistungen Januar bis Juni 2016 einschließlich Hochschätzung (Stand Mai/Juni 2016) 2. Aufhebung von Sperrungen im Haushalt der Sozialleistungen - Vorlage 19/239 L -

Abg. Herr Hinnens fragt nach den Gründen für den Anstieg der Flüchtlings- und der hohen Leerstandskosten.

Herr Kahn antwortet, im Jahr 2015 habe die Notwendigkeit bestanden zeitnah eine große Anzahl von Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt sei man auch von weiterhin hohen Flüchtlingszahlen ausgegangen. Zwar seien die Flüchtlingszugänge zwischenzeitlich rückläufig, jedoch befinden sich die bislang nach Bremen gekommenen Flüchtlinge weiterhin im System und müssen entsprechend untergebracht und finanziert werden. Aktuell seien die Flüchtlingskosten rückläufig. Auch

reduzierte das Sozialressort gegenwärtig die Anzahl der Notunterkünfte und schließe nicht mehr benötigte Standorte.

Herr Rauscher ergänzt, dass insbesondere im Jahr 2015 Mietvertragsabschlüsse zu Unterbringung von Flüchtlingen nur unter Vereinbarung relativ langer Vertragslaufzeiten von bis zu zehn Jahren möglich gewesen seien. Die angemieteten Objekte werden größtenteils auch noch gebraucht. Soweit dies nicht mehr der Fall sein sollte, prüfe man alternative Nutzungsmöglichkeiten bzw. beende - soweit möglich - die Nutzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Juni 2016 einschließlich der Hochschätzung (Stand Mai/Juni 2016) zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA die Aufhebung der Sperren bei

0408/681 90-1 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 7,8 Mio.€

0411/681 90-4 „Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge“ i.H.v. 31,1 Mio.€

3417/681 90-5 „Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge“ i.H.v. 67,2 Mio.€

3434/681 90-0 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 64,2 Mio.€

3434/681 91-9 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 28,7 Mio.€

3472/681 09-4 „Kommunale Mehrausgaben durch Zugänge von Flüchtlingen (Risikovorsorge)“ i.H.v. 2,5 Mio.€

2.3 Haushaltsüberschreitungen 2015 - Vorlage 19/244 L -

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Eckhoff erklärt **Herr Meyer**, dass es zwar zu einem Anstieg bei der Anzahl der Überschreitungsfälle gekommen, das Gesamtvolumen der Haushaltsüberschreitungen jedoch im Vergleich zum Vorjahr rückläufig sei.

Auch haben die Überschreitungsfälle nicht zu einem Schaden geführt, sondern beruhen in den meisten Fällen auf rein technische Fehler im Rahmen des Haushaltsvollzuges.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

2.4 Dieser Tagesordnungspunkt ist nicht besetzt

**2.5 Flüchtlingsbezogene Bundesentlastungen aufgrund der Verständigungen zwischen Bund und Ländern vom 24. September 2015, 16. Juni 2016 und 7. Juli 2016
- Vorlage 19/246 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig, die Umsatzsteuer-Entlastungen aufgrund der Vereinbarung vom 24. September 2015 in Höhe von rd. 64,9 Mio. € in 2016 im Verhältnis 80:20 zur Reduzierung der flüchtlingsbedingten Kreditaufnahme aus dem Landeshaushalt an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weiterzuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zu, die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus der Vereinbarung vom 24. September 2015 (abzüglich der über den KFA erfolgenden Weiterleitung und der bereits veranschlagten Sonderzuweisung von rd. 1,012 Mio. € für Bremerhaven) in Höhe von rd. 9,796 Mio. € für Bremerhaven und rd. 43,349 Mio. € für Bremen für 2016 durch nicht veranschlagte Steuermehreinnahmen sowie Mehreinnahmen aus der Spitzabrechnung für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. August 2016 vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig, die aufgrund der Vereinbarung vom 7. Juli 2016 erwarteten Entlastungen aus der Integrationspauschale in Höhe von rd. 21,0 Mio. € jährlich für 2016 und 2017 aus dem Landeshaushalt zur Reduzierung der flüchtlingsbedingten Kreditaufnahme vollständig an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Verhältnis 80:20 weiterzuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zu, die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus der Integrationspauschale (abzüglich der über

den KFA erfolgenden Weiterleitung) in Höhe von jeweils rd. 14,019 Mio. € an die Stadtgemeinde Bremen und rd. 3,495 Mio. € an die Stadtgemeinde Bremerhaven in den Jahren 2016/2017 aus nicht veranschlagten Steuermehreinnahmen vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen für den Fall, dass für die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus den Steuermehreinnahmen und der Integrationspauschale sowie der Spitzabrechnung für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. August 2016 an die Stadtgemeinde Bremen keine ausreichenden Mittel zum Jahresende 2016 zur Verfügung stehen, die nicht abdeckbaren Beträge im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 zu berücksichtigen.

2.6 City- und Stadtteilmarketing und -management; Evaluierung 2016 hier: Berichtsbitte lfd. Nr.50 der Auftragsliste - Vorlage 19/247 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2.7 Zentrales Finanzcontrolling Januar – September 2016 - Vorlage 19/248 L -

Herr Schneider weist auf inhaltliche Fehler der Vorlage hin. So müsse es auf Seite 6 der Vorlage unter dem Punkt 2.2 letzter Absatz anstatt „rd. 93 Mio. €“ „rd. -93 Mio. €“ heißen. Auf der Seite 11 der Vorlage werde im ersten Absatz versehentlich von „bereinigten Einnahmen“ gesprochen. Richtig müsste es dort heißen: „bereinigten **Ausgaben**“.

Zur Ziffer 2 der Beschlussempfehlung erklärt er, dass diese Maßnahme notwendig sei, um den rechtlichen Voraussetzungen des Ausnahmetatbestandes Genüge zu tun.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Monatsbericht Januar bis September 2016 des Zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der FDP und DIE LINKE und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA

zu, dass nicht benötigte Personalausgaben zur Deckung der flüchtlingsbezogenen Personalausgaben eingesetzt werden, um den als Ausnahmetatbestand zu meldenden Betrag für flüchtlingsbezogene Leistungen zu reduzieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, nach haushaltstechnischer Umsetzung eine konkrete Liste der vorgenommenen Mittelverlagerungen vorzulegen.

2.8 Schwertransporte und deren Begleitung von Beamten / von privaten Firmen
hier - Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE
- Vorlage 19/249 L -

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Rupp erklärt **Herr Springfield**, dass im Rahmen der zukünftigen Überarbeitung der Kostenordnung der inneren Verwaltung auch beabsichtigt sei, den Kostendeckungsgrad für die Begleitung von Schwertransporten zu erhöhen und die dafür vorgesehene Gebühr entsprechend anzupassen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2.11 Berichtsbitte der CDU-Fraktion zur Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen bei Performa Nord
- Vorlage 19/263 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

4.1 Produktgruppe 11.02.03 Landgericht Bremen
hier: Nachbewilligung in Höhe von 550.000 €
- Vorlage 19/250 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der Nachbewilligung bei der Produktgruppe 11.02.03 (Landgericht Bremen) in Höhe von 550 Tsd. Euro zur Deckung von Mehrbedarfen bei den „Sonstigen Auslagen in Rechtssachen“ einstimmig zu.

Die Senatorin für Finanzen wird ermächtigt, die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen.

4.2 Produktgruppe 24.02.04 Bau und Erstausrüstung Hochschule für Künste

hier: Antrag auf Nachbewilligung für Sanierungsmaßnahmen bei der Hochschule für Künste in Höhe von 500 Tsd. €

- Vorlage 19/251 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Nachbewilligung für Sanierungsmaßnahmen bei der Hochschule für Künste in Höhe von 500 Tsd. € bei der Haushaltsstelle 0270/894 60-7, An die Hochschule für Künste für Fassadensanierung Speicher XI und Dechanatstraße, für die Abdeckung einer valutierenden Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe zu.

4.3 Konzentration der Neonatologie Level 1 und 2 im KBM durch Aufstockung des Eltern-Kind-Zentrums (ELKI) und des Teilersatzneubaus

hier: Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6.000.000 € sowie 14.000.000 €

- Vorlage 19/252 L -

Abg. Herr Eckhoff führt aus, die Fraktion der CDU halte diese Maßnahme für inhaltlich nicht ausreichend abgestimmt. Insbesondere vermisse er eine Einbindung der niedersächsischen Umlandkliniken und der freien bzw. gemeinnützigen Kliniken in Bremen. Als problematisch erachte er auch die Finanzierung dieses Projektes. Hier sei insbesondere völlig unklar, wie die GeNo den auf sie entfallenen Eigenanteil erbringen kann.

Staatsrat Kück erwidert, die Aufstockung des Eltern-Kind-Zentrums sei eine in der Sache notwendige Maßnahme, die ohne zeitliche Verschiebung des Gesamtprojektes TEN möglich sei. Die inhaltlichen Bedenken der Fraktion der CDU teile er nicht. Dies gelte auch für die in der Vorlage dargestellte Finanzierung des Projektes. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass der auf die GeNo entfallende Eigenanteil im Verhältnis zu den Gesamtkosten sehr gering sei und darüber hinaus auch durch Spendenleistungen reduziert werden könne.

Abg. Herr Rupp erklärt, die Fraktion DIE LINKE begrüße, dass dieses Projekt im Wesentlichen mit öffentlichen Mitteln der Freien Hansestadt Bremen und des Bundes finanziert werde. Auf diese Weise werde eine unzumutbare Belastung der GeNo vermieden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Vorlage zur Konzentration der Neonatologie Level 1 und 2 im KBM durch Aufstockung des Eltern-Kind-Zentrums (ELKI) und des Teilersatzneubaus zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Hst. 0520/891 50-1 Strukturfonds für Krankenhäuser i.H.v. 6,0 Mio. € mit Abdeckung in 2017 zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Hst. 3986/831 11-7 Kapitalerhöhungen Kliniken i.H.v. 14,0 Mio. € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung. Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch Reduzierung der zentral eingeplanten Investitionsmittel (2018: 7,0 Mio. €, 2019: 7,0 Mio. €).

4.4 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020: hier: FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das Eco- MaT - Vorlage 19/253 L -

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Rupp erklärt **Herr Helmbrecht**, dass das Wirtschaftsressort keine Notwendigkeit für weitere Ankermieter sehe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE

LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA der Umsetzung der dargestellten Maßnahme zur Förderung von FuE Infrastruktur für die Integration des FIBRE in das EcoMaT in Höhe von 950 T€ im Rahmen des EFRE-Programms Land Bremen 2014-2020 (davon 475 T€ EFRE-Mittel und 475 T€ Co-Finanzierung aus Landesmitteln) sowie den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die zukünftigen Haushaltsjahre zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA der Erteilung einer überplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0703/891 20-9 „Investitionszuschüsse für Innovationsförderung“ in Höhe von 950 T€ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltsstelle 0706/891 21-8, Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven, veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen VE erfolgt im Jahr 2017 i.H.v. 400 T€, im Jahr 2018 i.H.v. 320 T€ und im Jahr 2019 i.H.v. 230 T€ im Rahmen des EFRE-Programms bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014 - 2020 -investiv-.

**4.5 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen
Hst. 0687/730 57-7, Planungs- und Bauleitungsmittel Instandsetzung A1**

**hier: Planung für eine Ertüchtigung der Brücke über die Weser im Zuge der BAB A 1 und Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.200.000 €
- Vorlage 19/254 L -**

Herr Runge erklärte, die Ertüchtigung der Brücke über die Weser im Zuge der BAB A1 sei dringend und könne nicht länger aufgeschoben werden. Wegen der besonderen Dringlichkeit habe das Ressort auch darauf verzichtet, diese Vorlage zunächst dem Senat vorzulegen und dort beschließen zu lassen.

Abg. Herr Eckhoff führt aus, er halte es für zwingend, dass auch dringliche Vorlagen zunächst dem Senat vorgelegt werden. Ohne eine entsprechende Senatsbefassung könne aus seiner Sicht der Ausschuss diese Vorlage nicht beschließen. Er schlage

deshalb vor, die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen. Sollte die Senatsbefassung kurzfristig nachgeholt werden, könne der Haushalts- und Finanzausschuss gegebenenfalls in der kommenden Woche am Rande der Bürgerschaft zu einer Sondersitzung zusammenkommen und über diese Vorlage entscheiden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

**4.6 IT-Finanzierung 2016 aus IT-Poolmitteln
hier: Sperrenaufhebung und Nachbewilligung aufgrund von Mehrbedarfen bei der Migration von Fachverfahren aus dem IT-Pool
(Land und Stadtgemeinde Bremen)
- Vorlage 19/255 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Aufhebung der Sperre im Produktplan 96 „IT-Budget der FHB“ in Höhe von insgesamt 1.542.824 Euro (Hst. 0950/539 96-8, „IT-Pool“, 3950/539 96-7 „IT-Pool“) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den beantragten Nachbewilligungen gemäß Anlage 1 im Produktplan 96 „IT-Budget der FHB“ in Höhe von insgesamt 1.542.824 Euro, davon 50.000 Euro im Landeshaushalt und 1.492.824 Euro im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen, durch Einsparung der entsperrten Mittel zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die haushaltsmäßige Umsetzung in 2016 vorzunehmen.

**4.7 Produktgruppe 97.99.03 Immobilien Bremen, AöR
Hst. 0987/532 59-9, An Immobilien Bremen (AöR), zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung
hier: Nachbewilligung in Höhe von 4.273 €
- Vorlage 19/256 L -**

Abg. Herr Liess führt aus, die Fraktion der SPD erwarte, dass die in der Vorlage dargestellte Eckwertverlagerung auch tatsächlich vorgenommen werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der beantragten Nachbewilligung in Höhe von insgesamt 4.273,74 € bei der Hst. 0987/532 59-8 mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Hst. 0200/518 50-0 in entsprechender Höhe.

**4.8 Ausbau der Breitbandinfrastruktur
hier: Markterkundungsverfahren und Beratungsleistungen
- Vorlage 19/257 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig gem. Anlage I der VV zu § 55 LHO der Vergabe eines Markterkundungsverfahrens sowie von Beratungsleistungen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Höhe von 90 Tsd. € zu.

**4.9 Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget
- Vorlage 19/264 L -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Jugendberufsagentur (JBA) - Vorlage 19/258 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der FDP und DIE LINKE der Nachbewilligung der Mittel in Höhe von insgesamt 895.360 € aus zentralen Personalmitteln des Produktplans 92 in die Haushalte der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie für den Magistrat Bremerhaven zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Gewerbeflächenfonds / SV Gewerbeflächen Stadt Gewerbepark Hansalinie: Restliche Erschließung Baustufe 2 / Planungskosten Baustufe 3 hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung Vorlage 19/259 L -

Abg. Herr Eckhoff führt aus, die Fraktion der CDU begrüße die nunmehr endlich vorangetriebene restliche Erschließung des Gewerbeparks Hansalinie, kritisiere aber, dass der Senat diese Erschließungsmaßnahmen viel zu spät in Angriff genommen habe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der restlichen Erschließung der 2. Baustufe und der Planung der Erschließung der 3. Baustufe des Gewerbeparks Hansalinie sowie der Beauftragung von Machbarkeitsstudien zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung mit Gesamtkosten in Höhe von 13.023.000 € auf der Grundlage der in der Vorlage aufgezeigten Finanzierung zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig dem als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3708/884 35-8, „An das

Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen“, in Höhe von 697.300 € mit Abdeckung in 2019 zu.

Der Haushalts-und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Finanzierung eines Teilbetrages von zusammen 1.000.000 € in den Jahren 2017 und 2018 aus Eigenmitteln des Sondervermögens zu.

Der Haushalts-und Finanzausschuss (Land) nimmt den als Anlage 4 beigefügten Sachstandsbericht zur Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie Bremen 2016 zur Kenntnis.

(Ende des öffentlichen Teils um 16.04 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender